

Ercheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis monatlich 1.40 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Inlande monatlich 1.75 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Circulation Nr. 34 bei der Oberamtskanzlei Neudorf, Kreis Wildbad. — Druckerei: Gustav Wenzel & Co., Wildbad; Verleger: Gustav Wenzel & Co., Wildbad. — Postfach Nr. 14, Stuttgart. Anzeigenpreis: Die einfache Zeile über dem Raum im Preis 1000 bis 15 Pf., angedruckt 20 Pf. — Reklameweise 50 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Inserate und Anzeigenentwurf werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluß der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontroversen oder wenn gerichtliche Bekräftigung notwendig wird, fällt jede Rücksichtnahme weg. Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Gatz, Wildbad i. Schw., Wilhelmstraße 96, Telefon 479. — Wohnung: Haus Bollmer.

Das Volksbegehren in Preußen

Berlin, 22. April. Am Dienstag, 21. April, abends 8 Uhr, ist die Eintragungsfrist für das Volksbegehren des Stahlhelms auf Auflösung des preußischen Landtags beendet. Nach den gesetzlichen Bestimmungen haben die Gemeindebehörden die Eintragungslisten an die Vertrauensleute des Stahlhelms auszuliefern. Diese geben sie an die Landesverbände des Stahlhelms weiter und die Zentralstelle des Stahlhelms gibt sie dann geordnet an den Landeswahlleiter der Regierung, der die Eintragungen auf ihre Gültigkeit prüft und das Ergebnis feststellt.

Die Zentralstelle des Stahlhelms hat bereits gestern abend festgestellt, daß die erforderliche Mindestzahl von 5,27 Millionen Stimmen — 20 v. H. sämtlicher Wahlberechtigten in Preußen — weit überschritten sei; die genaue Zahl liegt noch nicht vor. Die Zahl der Wahlberechtigten beträgt 26 368 215.

Das Ergebnis hat nicht überrascht. Bei den vielen Mißgriffen und Ungeschicklichkeiten, die von preußischen Behörden gegen das Volksbegehren unter Berufung auf die Notverordnung gemacht wurden, war ein Erfolg als sicher anzunehmen. Der Notverordnung selbst wurde dadurch ein Bärendienst erwiesen. Vollends verfehlt war das Verbot der Stahlhelmszeitung durch den Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski, das bekanntlich Gültigkeit für das ganze Reich hatte. Seine Wirkung mußte eine ganz andere sein, als sein Urheber erhofft hatte. Das Reichsgericht hat denn auch das Verbot von drei Monaten auf drei Wochen beschränkt und dargetan, daß es mit dem Wortlaut der Notverordnung überhaupt nicht zu begründen sei.

Das dem Volksbegehren zugrunde liegende Gesetz (Auflösung des Landtags) geht nun zunächst an den Preussischen Landtag, der es annehmen oder ablehnen kann. Nach der Ablehnung des Gesetzes, die bei den Mehrheitsverhältnissen im Landtag zu erwarten ist, muß vom Landtag oder vom preussischen Ministerpräsidenten der Termin des Volksentscheids festgesetzt werden. Bei der Reichstagswahl 1930 beteiligten sich in Preußen 21 655 970 oder 82,1 v. H. Stimmberechtigte. Auf die Gegner des Volksbegehrens (Weimarer Koalition, Sozialdemokraten, Zentrum und Staatspartei) 8 828 565 Stimmen. Rechnet man die Kommunisten mit 3 141 547 Stimmen hinzu, so ergibt sich eine Gesamtzahl von 12 970 112 Stimmen. Für das Volksbegehren sind alle übrigen Parteien eingetreten, die 1930 insgesamt 9 528 810 Stimmen in Preußen auf sich vereinigten. Für das Durchdringen des Volksentscheids würden also mehr als 13 Millionen Stimmen (mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten) erforderlich sein.

In Groß-Berlin 13 Prozent Eintragungen für das Volksbegehren

Berlin, 21. April. Am letzten Tag des Volksbegehrens haben sich in Berlin 65 473 Personen eingetragen; das ist die höchste an einem Tag erzielte Zahl. Die Gesamtzahl der Eintragungen in Berlin erhöht sich damit auf 438 745, das sind etwa 13 Prozent der Stimmberechtigten.

In Rheinland und Westfalen betragen die Zeichnungen nahezu eine Million.

Die Berliner Blätter zum Volksbegehren

Berlin, 22. April. Die meisten Berliner Morgenblätter beschäftigen sich mit dem Ergebnis des Volksbegehrens. Der „Vorwärts“ hält das Ergebnis für eine Niederlage. Der „Volksentscheid“ werde die moralische Niederlage zu einer politischen machen. Das „Tageblatt“ bezweifelt, ob die erforderliche Stimmenzahl erreicht sei. Auf jeden Fall aber sei mit einem Mißerfolg des Volksentscheids zu rechnen. Die „Post-Zig.“ meint, die preussische Regierung könne mit diesem Ergebnis außerordentlich zufrieden sein. Der „Börseurier“ glaubt, die Parteien, gegen die sich das Begehren richtete, hätten genügend Zwerfisch erhalten, um die Neuwahlen durchzuführen. Die „Deutsche Allg. Zig.“ spricht denen, die sich eingetragen haben, Dank und Anerkennung aus. Die politische Wirkung werde zunächst vor allem auf psychologischem Gebiet liegen, und es sei zu hoffen, daß der Landtag durch Selbstauflösung dem Willen eines so großen Teils seiner Wähler Rechnung tragen werde. Die „Börsezeitung“ bezeichnet das Erreichte als eine gewonnene Schlacht, die jedoch noch nicht den Gewinn des ganzen Feldzugs bedeute. Vor dem Ziele stehen noch zwei Barrieren, der Volksentscheid und die Landtagswahl. Der „Lokalanzeiger“ sieht in dem Ergebnis im besonderen eine Mahnung an das Zentrum, sich von der Sozialdemokratie zu lösen. Die „Deutsche Tageszeitung“ weist ebenfalls darauf hin, daß es jetzt gelte, alle Kräfte anzuspannen, um das Ziel des Volksentscheids zu erreichen; die Hauptentscheidung werde erst noch fallen. Ähnlich äußert sich auch die „Deutsche Zeitung“, die in dem Volksbegehren eine Absage an die heutigen Machthaber in Preußen sieht.

Tagespiegel

Die deutsche Reichsregierung hat die vorläufige Regelung in Spanien nunmehr anerkannt.

Der Vorstand der 63. Reichstagsfraktion hat in einem Schreiben an den Reichsminister gegen die Brotpreiserhöhungen in verschiedenen Städten Einspruch erhoben und zu deren Rückgängigmachung eine entsprechende Senkung des Roggenpreises, eine sofortige Verbilligung der Weizen- und Futtergersteneinfuhr durch Zollermäßigung, sowie den Verzicht auf die beabsichtigte Haferzollerhöhung gefordert. — Die Sozialdemokratie lehnt also die Agrarvorlage ab.

Der Generalsekretär des Völkerbunds wird Oesterreich und die Tschechoslowakei einladen, an den Beratungen des Völkerbunds über das deutsch-österreichische Zollabkommen im Mai teilzunehmen.

Bei der Feier seines 10jährigen Ministerpräsidentenjubiläums in Budapest hielt Graf Bethlen eine Ansprache, in der er u. a. ausführte, die Siegermächte haben unverhüllt ihr Ansehen zum Schaden der Unterlegenen getrieben, zur Freude Sowjetrußlands. England und Italien haben aber eingesehen, daß es so nicht weitergehen könne. Im Donauboden sei ein einheitliches Zollgebiet von 50 Millionen Einwohnern zerrissen und nichts dafür geschaffen worden. Heute, wo man am Vorabend einer neuen politischen und wirtschaftlichen Ordnung Europas stehe, müsse Ungarn wachsam die Geschehnisse verfolgen und sein Pulver trocken halten.

Der polnische Ministerrat hat beschlossen, größere öffentliche Arbeiten in Angriff zu nehmen. Da die Arbeitslosenfonds erschöpft sind, sollen die herangezogenen Arbeitslosen nicht mit Bargeld, sondern mit inländischen Lebensmitteln entlohnt werden.

Die spanischen Wahlen sollen voraussichtlich im Juni stattfinden. Die Regierung beabsichtigt, das Wahllaster vom 25. aufs 21. Lebensjahr herabzusetzen.

Im Süden von Paraguay (Südamerika) soll ein Aufstand ausgebrochen sein.

Kartarten der Reichsbahn

Die Reichsbahnverwaltung steht auf dem Standpunkt, daß eine durchgreifende Ordnung des Verhältnisses der Eisenbahn zum Kraftwagen ohne gesetzgeberische Maßnahmen nicht zu erwarten sei. Vorläufig sucht man, da die finanzielle Entwicklung schnelles Handeln erfordert, durch Selbsthilfe den im Wettbewerb mit dem Kraftwagen verlorenen Verkehr zurückzugewinnen.

Auf dem Gebiet des Güterverkehrs glaubt man, mit dem Schenker-Vertrag den Wettbewerb des Lastwagens einigermaßen bekämpfen zu können. Beim Personenverkehr treten vom 1. Mai an Tarifermäßigungen für Gesellschaftsfahrten, Feriensonderzüge und andere Sammel Fahrten in Kraft. Seit einiger Zeit berät auch ein Ausschuß von Sachverständigen die Möglichkeit, für Dauerreisende eine Verbilligung einzuführen. Für die Beratungen liegt eine Reihe von Vorschlägen vor. Die Beratungen sind aber noch nicht abgeschlossen. Das Kilometerheft, das von verschiedenen Seiten vorgeschlagen wurde, wird unter anderem wegen der Schwierigkeiten bei der Abfertigung abgelehnt. Auch die Schaffung eines Wertscheinhefts, das eine Ermäßigung von 10 bis 20 v. H. bieten soll, und die Einführung einer Halbkarte nach französischem Muster (fester Grundpreis und halbe Fahrpreise) weinen keine Aussichten für die Einführung zu haben.

Die beste Lösung sieht man offensichtlich in der Schaffung von Reiskarten. Sie würde die Einteilung des Gesamtnetzes in eine Anzahl von wirtschaftlich gleichartigen Bezirksnetzen voraussetzen. Die Inhaber der Reiskarten könnten sämtliche Züge innerhalb eines Bezirks mit 500 bis 700 Streckenkilometern gegen eine monatliche Gebühr benutzen, außerdem sollen kombinierte Karten für zwei und mehr zusammenhängende Bezirke und eine Karte für das ganze Netz ausgegeben werden. Mitteilungen, daß das deutsche Verkehrsnetz in 13 Verkehrsbezirke eingeteilt werden soll, daß für die einfache Reiskarte der dritten Klasse monatlich 100 M und in der zweiten Klasse 130 M für eine kombinierte Reiskarte für zwei Bezirke etwa 150 M und für drei Bezirke etwa 170 M zu zahlen wären, eifen, wie die Reichsbahnverwaltung versichert, den Tatsachen voraus, da die Beratungen des Sachverständigenausschusses noch nicht abgeschlossen sind. Der Reiskarte dürfte man aber schon deswegen den Vorzug vor andern Vorschlägen für die Verbilligung des Personenverkehrs für Dauerreisende geben, weil mit ihr die wenigste Arbeit bei der Abfertigung verbunden wäre. Allerdings hätte sie den Nachteil, daß sie eine starre Grenze festsetzt dafür, wann der Gebrauch einer Dauerkarte vorteilhaft für den Reisenden ist, während Kilometerheft oder Wertscheinheft auf diese Grenze verzichtet.

Neue Nachrichten

Hindenburgs Glückwunsch an Seekt

Berlin, 22. April. Der Reichspräsident hat an Generaloberst a. D. von Seekt nachfolgendes Glückwunschsreiben gerichtet: Zur Vollendung des 65. Lebensjahrs (21. April) spreche ich Eurer Erzellens meine herzlichsten Glückwünsche aus. Ich gedenke dabei in Dankbarkeit und Anerkennung der hohen Verdienste, die Sie sich in langjähriger Dienstzeit in Krieg und Frieden um die deutsche Wehrmacht erworben haben. Mit manchen tapfern Leistungen und Erfolgen im Weltkrieg ist Ihr Name ehrenvoll verbunden, und der unter so schwierigen Verhältnissen durchgeführte Aufbau des Reichsheers wird als Ihr besonderes Werk in der Wehrgeschichte weiterleben. Mögen Ihnen noch viele Jahre persönlichen Wohlergehens und erfolgreicher Wirkens beschieden sein.

Anlageerhebung gegen die Führer des Stahlhelms

Berlin, 22. April. Die Staatsanwaltschaft 1 Berlin hat gegen die Stahlhelmsführer Seidie und Düsterberg Anlage wegen Vergehens gegen das Republiksschutzgesetz erhoben, das in einem Aufruf „Kampf dem Zwischenreich“ im „Stahlhelm“ vom 18. Januar enthalten sein sollte.

Der „Bayerische Stahlhelm“ verboten

München, 22. April. Die in München erscheinende Halbmonatsschrift „Der bayerische Stahlhelm“ wurde wegen Zuwiderhandlung gegen die Notverordnung bis 11. Mai 1931 einschließlich verboten.

Neue Methoden der Gottlosenwerbung

Berlin, 22. April. In einem Rundschreiben ordnet die Zentrale der Kommunistischen Partei an, daß die Werbearbeit des proletarischen Freiendertums für Kirchenaustritte nicht mehr in bisheriger grober Art ausgeübt werde, da sie viele abstoße. Die Veranstaltungen sollen auch nicht mehr unter dem Namen „Gottlosenabende“ abgehalten werden.

Die Staatsanwaltschaft untersucht den „Aufruf der Volksbeauftragten“

Berlin, 22. April. Die Untersuchung wegen der Echtheit oder Unechtheit des Aufrufs der Volksbeauftragten wird jetzt auch durch die Staatsanwaltschaft verfolgt werden, da sich der nationalsozialistische Parteifunktionär Becker in Weimingen, der dem Herausgeber des „Friedericus“, Holz, das angebliche Original überhand hatte, möglicherweise wegen Betrugs wird verantworten müssen. Becker selbst hat inzwischen mitgeteilt, es sei nicht ausgeschlossen, daß ihm bei der Ueberlieferung des angeblichen Originals ein Irrtum unterlaufen sei. Er habe bei der flüchtigen Durchsicht seiner Akten diesen Zettel gefunden und sei der Meinung gewesen, daß es sich um ein aus dem Jahr 1918 stammendes Flugblatt gehandelt habe.

Das neue thüringische Kabinett

Weimar, 22. April. Nach zweistündiger sehr lebhafter Aussprache, in deren Verlauf der ehemalige nationalsozialistische Staatsrat und Landtagsabgeordnete Marschler von der Sitzung ausgeschlossen wurde, wurden heute im Landtag die Ergänzungswahlen zur thüringischen Regierung vorgenommen. Da der für das Gebiet Weimar vorgesehene Abg. Krause (Wirtschaftspartei) in letzter Stunde sein Mandat für das Kabinett ablehnte, bleibt von der Wirtschaftspartei der bisherige Staatsrat Fürth im Kabinett, so daß die Regierungsliste nach ihrer Ergänzung wie folgt zusammengesetzt ist: Staatsrat Mackeldey (Landvolk) für das ehemalige Gebiet Weimar, Staatsrat B. Döbrich (Landv.) für das ehemalige Gebiet Weimingen, Baumgärtel (DVP.) für das Gebiet Reuß, Bauer (DVP.) für das Gebiet Sondershausen, Fürth (Wirtschaftsp.) für das Gebiet Rudolstadt.

Die Ministerien werden wie folgt verteilt: Baum, Finanzen und Wirtschaft; Dr. Kästner, Inneres, Volksbildung und Justiz. Die Wahl erfolgte in namentlicher Abstimmung mit 19 Stimmen der Deutschen Volkspartei, der Landvolkpartei und der Wirtschaftspartei gegen 13 Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten, bei Stimmenthaltung der 13 Sozialdemokraten und des einen Vertreters der Deutschen Staatspartei. 7 Abgeordnete fehlten. Der Landtag vertagte sich darauf bis zum 4. Mai.

Spionage im Elsaß

Ein französischer Gegenhieb

Paris, 22. April. Die Ausdeckung der französischen Spionage in Ostpreußen hat in Paris einen peinlichen Eindruck gemacht. Er wird aber (wie stets in solchen Fällen) abgeteilt, indem man ihr eine deutsche Spionage entgegenstellt. Nach einer Meldung aus Straßburg sind dort drei Elsaßler, der 39jährige Georg Ulrich aus Rappreidsau, der früher Zeichner im französischen Pionierwesen war, der

Der Verein wird im Sommer eine Singzeit, verbunden mit einem Bibelfest über den Römerbrief, abhalten, um die fangesfreudigen Mitglieder in das Liedgut der neuen Singbewegung einzuführen.

Stuttgart, 22. April.

Besuch auslandsdeutscher Handwerker in Stuttgart. Zum erstenmal findet in der Zeit vom 27. April bis 2. Mai d. J. auf Veranlassung des Deutschen Ausland-Instituts in Stuttgart in Verbindung mit der Handwerkskammer Stuttgart und der Betriebswirtschaftsstelle des württembergischen Handwerks im Landesgewerbeamt ein Kurs für auslandsdeutsche Handwerker statt, in dem Vorträge über allgemeine Fragen des Auslandsdeutschtums, über handwerkliches Organisationswesen in Deutschland, über gewerbliches Genossenschaftswesen, über Gewerbe- und Fachschulwesen, über handwerkliche Prüfungsweisen, über Ausbildungsfragen, Nachwuchsauswahl, Berufsberatung, Eignungsprüfungen, sowie über technische Fragen der Betriebswirtschaft, über kaufmännische Betriebswirtschaftsfragen und über Fragen des Austauschs von Angehörigen auslandsdeutscher Handwerker mit solchen des Inlands gehalten werden.

Abschrift eines weiteren Bewerbers. Von den auswärtigen Bewerbern um den Oberbürgermeisterposten ist nun auch Beigeordneter Dr. Ham in Gießen zurückgetreten.

Saisonmäßige Entlastung des Arbeitsmarkts. Im Bezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland standen am 15. April 1931 in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 129 542 Personen, in der Krisenunterstützung 39 615 Personen. Die Gesamtzahl der Unterstützten fiel um 28 568 oder um 14,4 v. H. von 197 725 auf 169 157 Personen (135 894 Männer, 33 263 Frauen). Davon kamen auf Württemberg 72 354 gegen 85 519 und auf Baden 96 803 gegen 112 206 am 15. April 1931. Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland kamen am 15. April 1931 auf 1000 Einwohner 33,6 Hauptunterstützungsempfänger gegen 19,1 zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Kleiderausstellung. Das Schlossmuseum veranstaltet in der Reihe seiner wechselnden Ausstellungen in den Katharinenzimmern des Neuen Schlosses eine Ausstellung bürgerlicher Kleidung vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zum Ende des 20. Jahrhunderts. Die Ausstellung, die an originalen, größtenteils von privaten Besitzern zur Verfügung gestellten Stücken einen kulturgeschichtlichen Ueberblick über die geschmacklichen Wandlungen der Mode im 19. Jahrhundert zu geben vermag, wird am Samstag, den 25. April der Besichtigung freigegeben. Öffnung 10—1 und 2.30—5 Uhr, Sonntags 11—13.30 Uhr. Eintritt 20 Pf.

Vom Konsulatswesen. Dem zum Chilenischen Generalkonsul in Hamburg ernannten Hector Briones Lucco, zu dessen Amtsbezirk auch das Land Württemberg gehört, ist im Namen des Reichs das Exequatur erteilt worden.

Krankheitsstatistik. In der 15. Jahreswoche vom 5. bis 11. April 1931 wurden in Württemberg folgende Fälle von gemeingefährlichen und sonstigen Krankheiten amtlich gemeldet: Diphtherie 32 (tödlich —); Genickstarre 1 (—); Rindpestfieber 5 (1); Tuberkulose der Lunge und des Kehlkopfs, sowie anderer Organe 18 (23); Scharlach 24 (—); Paratyphus 2 (—).

Freiwillige Gerichtsbarkeit in den neuen Vororten. Dem Landtag ist ein Gesetzesentwurf der Regierung zugegangen, wonach das Justizministerium ermächtigt sein soll, in den neuen Stuttgarter Vororten Zuffenhausen, Mühlter und Rotenberg besonders Behörden der freiwilligen Gerichtsbarkeit einzurichten.

Wärtl. Landestheater. Am Donnerstag, den 23. April findet eine Wiederaufnahme von Webers „Oberon“ in neuer Einstudierung statt. Für den 10. Mai wird die Erstaufführung der in Budapest mit Erfolg gegebenen Operette „Sommer von einst“ vorbereitet. Die zweite diesjährige Aufführung von Richard Wagners „Der Ring des Nibelungen“ ist für 8., 7., 10. und 14. Juni vorgesehen.

Die Jahresversammlung des Deutschen Ausland-Instituts findet, wie seit vielen Jahren, am 14. und 15. Mai in Stuttgart statt. Am 16. Mai begeben sich die Teilnehmer an den Bodensee nach Friedrichshafen, Lindau und Bregenz.

Nachspiel zum Steffener Mord. Vor dem Erweiterten Schöffengericht Stuttgart fand gestern die 49 Jahre alte Weichenwärterschefrau Marie Götz von Stetten i. N. Der Chemann der Angeklagten wurde im April 1929 wegen Ermordung des Weichenwärters Pfund in Stetten und Verabreichung der Stationskasse zum Tode verurteilt. Trotzdem die Ehefrau des Raubmörders früher zu seiner Ueberführung beigetragen hat, bezichtigte sie nunmehr zwei Kollegen ihres Mannes dieser schweren That. Der Staatsanwalt hatte eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten gegen sie beantragt. Das Gericht erkannte jedoch gegen die Angeklagte, die an Stelle des Vaters fünf Kinder versorgen muß, auf eine Gefängnisstrafe von einem Monat.

Untertürkheim, 22. April. Der ehemalige deutsche Kronprinz bei Daimler. Wie die Untertürkheimer Zeitung hört, stattete der Ehzronprinz anfangs letzter Woche der Firma Daimler-Benz einen Besuch ab. Er besichtigte die Werksanlagen, hielt sich in der Mittagspause u. a. in der Fabrikkantine auf und reiste nach Bestellung eines größeren Wagens wieder ab.

Aus dem Lande

Sulzbach a. M., M. Baden, 22. April. Bestellung eines Amtsverwesers. In der Sitzung des Gemeindegemeinderats wurde Rechnungsrat Stroh-Hall, früher Schultheiß in Steinbach bei Hall, zum Amtsverweser gewählt.

Heilbronn, 22. April. Ein Haupttreffer der 1. Klasse der Preuß.-Südd. Klassenlotterie nach Heilbronn gefallen. Wie die Heilbronner Abendzeitung erfährt, ist in der Ziehung der 1. Klasse der Preuß.-Südd. Klassenlotterie ein Haupttreffer mit 100 000 Mark auf Los Nr. 219 196 in die Kollette der Fa. Karl Jörg in Heilbronn gefallen. Der glückliche Gewinner besitzt das ganze Los.

Gmünd, 22. April. Preissenkung. Der Gewerbesteuerpreis wird ab 1. Juli 1931 um zwei Pfennig pro Kubikmeter ermäßigt, die Wasserzins-Pauschale um zehn Prozent auf 154—25 Pfennig pro Kubikmeter je nach der abgenommenen Menge.

Langenburg, 22. April. Vermählung im Fürstehaus Hohenlohe-Langenburg. Am Montag fand hier die Vermählungsfeier des Erbprinzen Gottfried von Hohenlohe-Danaenburg mit der Bräutlin Margaritha von

Griechenland, einer Tochter des früheren Königs von Griechenland, statt. Nach der vom Bürgermeister von Langenburg vorgenommenen Ziviltrauung wurde in der Schlosskapelle die erste kirchliche Trauung nach griechisch-orthodoxem Ritus durch den Archimandriten Legalli aus Paris vollzogen, wobei russische Sänger aus Wiesbaden den gesanglichen Teil der Zeremonie zur Durchführung brachten. Vor Schloß sich eine Stunde später die evangelische Trauung in der Stadtpfarrkirche durch Defan Vortz an. Unter den Hochzeitsgästen befanden sich u. a.: Königin Maria von Rumänien, Großfürstin Anril von Rußland, Prinz Georg von Griechenland, die Kronprinzessin von Schweden, Fürst zu Leiningen, Erbgroßherzog von Hessen, Prinz Friedrich von Schleswig-Holstein, Prinz Rene von Bourbon-Parma, Markgraf Berthold von Baden, Großfürstin Aira von Rußland, August Thyssen. Abends begaben sich die Neuvermählten nach Schloß Weikersheim, wo sie vom Gemeinderat und Kirchengemeinderat, den dortigen Vereinen und den Schulen mit ihren Lehrern im Schloßhof begrüßt wurden.

Reutlingen, 22. April. Warnung vor einem falschen Doktor. Vor einem Einmiedel, der unter falschem Namen als Doktor, Professor, Geheimrat und dergleichen auftritt, wird gewarnt. Er bringt vor, ein Zimmer für seinen Bruder, seine beiden Töchter oder für sich selbst zu mieten. Im Verlauf der Verhandlungen bietet er um Schreidatenförmeln oder um ein Glas frisches Wasser und benützt die Abwesenheit des Vermieters zum Stehlen. Der Mann ist 53 Jahre alt, 1,73 Meter groß, trägt Augenglas und in der Regel dunkle Kleidung und spricht schreibdeutsch. — Der Spitzhube hat auch in anderen Städten seine Diebereien ausgeführt.

Tübingen, 22. April. Tübinger Hochschulführer. Soeben hat das Tübinger Studentenwerk im Verlag der Pfanderleichen Buchhandlung in Tübingen den neuen Hochschulführer für das Sommersemester 1931 herausgebracht.

Fahrenflucht. Das Schöffengericht hat den jetzt 25 J. a. ehemaligen Eisenbahnpraktikanten Otto Haug von Ludwigsbafen a. Rhein, nach dem Krieg Unteroffizier bei der 8. Kompanie des Reichswehr-Inf.-Regts. 14 in Tübingen, der im Jahr 1921 seinen Dienst verlassen hatte und in die französische Fremdenlegion eingetreten war, wegen Fahrenflucht zu der gesetzlichen Mindeststrafe von 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Ferner wurde auf Dienstentlassung erkannt.

Koblenz, 22. April. Auf Abbruch verkauft. Gestern wurde ein altes Baudenkmal, das alte Kirchlein, auf den Abbruch verkauft.

Alpirsbach M. Oberndorf, 22. April. 50 Jahre Klosterbrauerei Alpirsbach. Die Klosterbrauerei konnte im letzten Jahr auf ihr 50jähriges Bestehen zurückblicken. Vor 50 Jahren hat der damals erst 18jährige Karl Mauner die Klosterbrauerei erworben und führte sie zu dem heute weltbekanntesten Unternehmen. Leider konnte Karl Mauner sen. diesen Tag nicht mehr erleben.

Ebingen, 22. April. Der älteste Ebingener Bürger gestorben. Gestern mittag starb Joh. Ludwig Kaufmann, Tuchmacher, der älteste Ebingener Bürger, im Alter von 90 Jahren. Mit seiner Frau vor zwei Jahren im Tod vorangegangenen Gattin durfte er vor 3 Jahren die diamantene Hochzeit feiern.

Ravensburg, 22. April. Was geht in der Ex-verbältsen-schickerei vor? Die besten Er-

Ohne Umladen,

in großen Spezialwagen äußerst sorgfältig verpackt, auf dem schnellsten Wege in alle Teile des Reiches mit immer fabrikfrischen

REEMTSMA
CIGARETTEN

OWA

Anabenformat

überall fabrikfrisch!

EINHEITS
PACKUNG
50s
GROSSPACKUNG
MK 1-50



